Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1921

13.12.1921 (No. 291)

Visual Library

№ 291 Dienstag, den 13. Dezember 1921 164. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 ℳ 90 ₰. — Einzelnummer 40 ₰ — Anzeigengebühr: 50 ₰ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Steigende Kohlennot.

** Der vor wenigen Tagen eingetretene Witterungsumschlag und die damit verbundenen leichten Niederschläge sind bereits wieder steigender Kälte gewichen. Damit ist die Hoffnung, die Rheinstraße zu Kohlenzufuhrzwecken nach Süddeutschland wieder ausnützen zu können, zuschanden geworden. Bei den gestern in Darmstadt seitens des Reichswirtschaftsministeriums mit den Länderministern gepflogenen Verhandlungen waren die von den Reichsbehörden über die Kohlenlage abgegebenen Erklärungen außerordentlich betrübend. Der Kohlentransport zu Wasser von der Ruhr nach den oberrheinischen Häfen stockt fast völlig; auf dem Schienenweg kann nur etwa ⅔ des Notstandsbedarfs an Kohle beigebracht werden, so daß die noch in den Betrieben vorhandenen Vorräte schon in allernächster Zeit völliger Erschöpfung entgegengehen. Die Vorräte der Eisenbahn schmelzen schnell zusammen. Man wird in ganz kurzer Zeit mit Betriebseinschränkungen rechnen müssen. Bei den Gaswerken, welche als bevorzugte Bedarfsbetriebe versorgt werden, ist die Situation nicht anders. Die seit etwa einem Vierteljahr vom Ministerium ausgesprochenen Mahnungen, mit dem Kohlenverbrauch recht sparsam zu sein und Kohlen auch möglichst mit anderen Brennstoffen zu strecken, wurden leider nicht überall beachtet.

Die beste Jahreszeit, welche für den Kohlentransport auf dem Rhein in Frage kommt, ist das Frühjahr und der Vorsommer. Leider ist auch in diesem Jahr — jetzt zum vierten Male — diese Zeit nicht ausgenützt worden, um in den oberrheinischen Lagerplätzen Wintervorräte anzusammeln. Das Rheinische Braunkohlensyndikat hat zwar einen größeren Bestand an Briketts auf Rheinau liegen, der aber bei weitem nicht ausreicht, den steigenden Bedarf für Hausbrand und Notstandsbetriebe zu decken. Auf den Halden der Ruhrbergwerke liegen keine allzugroßen Vorräte. Der Abtransport im November war stärker als die Förderung. Erst seit der ersten Dezemberwoche nahmen die Haldenbestände wieder zu. Man muß aus dieser Situation den Schluß ziehen, es wäre so wie für Hamburg und Königsberg auch für Baden sehr zweckdienlich gewesen, wenn in den Bergwerken während des Frühjahrs und Vorsommers Überschichten verfahren worden wären, um an der Peripherie des Kohlenversandgebiets für die Winterzeit Vorräte aufspeichern zu können. Man lebt in Deutschland der Reparationsleistungen wegen in der Kohlenversorgung ohne Bevorratung. Zu Friedenszeiten lagen für den Winter in den großen Häfen von Kehl, Karlsruhe, Rheinau und Mannheim große Kohlenvorräte, mit welchen der Winterbedarf gedeckt werden konnte. So lange dieser Zustand nicht wieder erreicht werden kann, wird die Kohlenversorgung Badens in den Wintermonaten immer in Frage gestellt sein, weil nun einmal die Eisenbahn nicht imstande ist, die große Menge erforderlicher Kohlen beizubringen. An dieser Situation sollen auch trotz amtlichen Verteilungsschlüssels die Sonderinteressen des Kohlensyndikats mit schuld sein, die in der Richtung gehen, die vom Kohlenversorgungsgebiet her konkurrenzierten Landesteile des Reiches besser mit Kohlen zu beliefern als jene Länder, in welchen man eine Konkurrenz für spätere Zeiten nicht zu befürchten hat.

Angesichts dieser Sachlage lassen sich leider die zur Zeit über schlechte Kohlenversorgung vorgebrachten vermehrten Klagen nicht beheben. Das Reichsverkehrsministerium für den Bahntransport, Bergarbeiter und Zechenherren für die Förderung, sind die Faktoren, von denen die Entscheidung über Besserung oder über weitere Verschlechterung der Kohlenlage abhängt.

Das Landesbad in Baden-Baden

wird am 23. Dezember 1921 geschlossen. Die Wiedereröffnung ist auf den 1. März 1922 in Aussicht genommen, sofern genügende Anmeldungen bis dahin vorliegen. Die günstigen Wirkungen einer Vorfrühjahrskur in Baden-Baden sind ebenso bekannt, wie die Vorteile, die das Landesbad den Besuchern bietet. Es empfiehlt sich daher, Anmeldungen für diese Zeit bereits im Laufe der nächsten Wochen an das Bezirksamt Baden-Baden (Badanstaltenkommission) einzureichen. Es sei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch Privatpersonen zu einem verhältnismäßig geringen Pensionspreis eine Kur im Landesbad gebrauchen können. Der Tag der Eröffnung wird noch rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die Teuerung im In- und Ausland seit Kriegsbeginn.

Rz. Dem valutaschwachen, unter wirtschaftlichen Erschütterungen und unter der fortdauernden Teuerung leidenden Deutschland wird es nur ein mäßiger Trost sein, zu hören, daß die Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung seit der Vorkriegszeit auch im Auslande sich in starkem Maße bemerkbar macht. Eine interessante Übersicht über den Stand der Teuerung im Ausland geben die Berechnungen, die im letzten Heft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" angestellt werden. Schon während des Krieges sind nach den erwähnten statistischen Zusammenstellungen in allen Ländern vor allem die Ernährungskosten stark gestiegen. In den meisten Staaten war bei Abschluß des Krieges mehr als das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit für den Ernährungsbedarf aufzuwenden. In Frankreich betrug der Teuerungsgrad im Juli 1919 das 2½fache, in der Schweiz das 2½fache, in Italien u. Norwegen das 2¾fache, in Schweden mehr als das 3fache; lediglich in Dänemark, Holland, Amerika und Kanada waren damals die Kosten für die Ernährung nur um 75 vom Hundert gestiegen. Dagegen hatte sich schon in den Kriegsjahren die besonders schwierige Lage Österreichs bemerkbar gemacht. Beim Abschluß des Waffenstillstandes war in Wien schon eine Verteuerung der Lebenshaltung auf ungefähr das 16fache gegenüber der Friedenszeit festzustellen.

Seit Abschluß des Krieges werden die Verhältnisse in fast allen Ländern durch die starke Inflation und die infolge des Krieges eingetretenen anormalen ökonomischen Zustände stark beeinflußt. Die Teuerung steigt überall, besonders stark in den Ländern, in denen der Wert des heimischen Geldes sehr geschwächt ist und revolutionäre Ereignisse die Wirtschaft stören. In Deutschland waren, ebenso wie in Finnland, zu Beginn des Jahres 1920 die Ernährungskosten auf mehr als das 8½fache der Friedenszeit gestiegen; in Wien war zur gleichen Zeit fast 46 mal so viel als in den Vorkriegsjahren für die Ernährung aufzuwenden. Demgegenüber waren damals die Ausgaben für Nahrungsmittel von den während des Krieges neutralen und feindlichen Ländern nur in Schweden, Italien und Belgien gegenüber der Friedenszeit auf mehr als das Dreifache gestiegen; in allen anderen Staaten bewegten sich die Ernährungskosten zwischen dem 2- und 3-fachen. In den darauf folgenden Monaten machte sich die internationale Teuerungswelle überall stärker bemerkbar: In Deutschland und Finnland stiegen die Aufwendungen für die Ernährung im Sommer des vergangenen Jahres auf das 11½fache, in Frankreich, Italien und Belgien auf mehr als das 4fache, in England und Schweden auf fast das 3fache der friedensmäßigen Kosten. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika war damals mehr als das Doppelte für die Ernährung erforderlich. In Österreich hatten sich inzwischen die Verhältnisse scharf zugespitzt; im Oktober vorigen Jahres waren die Kosten für die Nahrungsmittel in Wien auf das 63fache, gegen Schluß des vergangen Jahres auf das 90fache gestiegen.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jhres machte sich, von Österreich abgesehen, überall ein Umschwung bemerkbar. Absatzstockungen, Arbeitslosigkeit, Preisstürze waren zu verzeichnen. Fast alle Länder wurden von einer heftigen Wirtschaftskrise ergriffen. Überall ermäßigten sich die Aufwendungen für den notwendigen Ernährungsbedarf. Auch in Deutschland gingen die dafür erforderlichen Kosten etwas zurück. Hier konnte allerdings die Besserung nicht lange anhalten. Ein neuer Umschwung machte sich, infolge starker Abschwächung des Geldwertes, im Juni dieses Jahres bemerkbar. Im August waren die Ernährungskosten in Deutschland gegenüber der Friedenszeit auf das 14fache gestiegen. In den ehemals feindlichen Staaten trat dagegen die Teuerung stark zurück; in Amerika und Kanada sind die Ausgaben für Nahrungsmittel seitdem nur um ungefähr die Hälfte der Friedenspreise gestiegen, in England ist eine Verteuerung der Ernährung auf das 2¼fache, in Frankreich auf das 3fache, in Belgien auf das 4fache und in Italien auf das 4½fache eingetreten. In den meisten übrigen Ländern erreicht der Grad der Verteuerung der Ernährungskosten nirgends das 3fache, in Holland nicht einmal das doppelte. In Österreich allerdings ging die Steigerung der Ernährungskosten schon zu Beginn dieses Jahres über das 100fache hinaus. Im Zusammenhang mit der Kursbewegung der österreichischen Krone haben sich auf dem Wiener Warenmarkt nahezu alle Bedarfsartikel in einem bisher unerreichten Maße verteuert. Allein seit Januar dieses Jahres hat sich der Aufwand für eine normale Ernährung in Wien um das 3½fache erhöht. Verglichen mit dieser enormen Teuerung, die Lebenshaltung der Masse der österreichischen Bevölkerung auf ein Elendsniveau herunterdrückt, stellen sich die starken Preissteigerungen für Lebensmittel in Deutschland, so empfindlich sie jeden einzelnen treffen, noch als relativ mäßig dar. Haben wir doch gegenüber der Vorkriegszeit bis heute „nur" mit einem Emporschnellen der Preise für den Ernährungsbedarf auf durchschnittlich das Zwanzigfache zu rechnen.

Politische Neuigkeiten.

Zur Reparationsfrage.

Das Reichskabinett hat gestern Nachmittag eine lange Sitzung abgehalten, in der neben anderen Angelegenheiten auch über den Bericht gesprochen wurde, den Dr. Rathenau gestern dem Reichskanzler über seine Londoner Reise erstattet hat. Im Anschluß an die Kabinettssitzung fand, wie die „Frankf. Ztg." mitteilt, eine sogenannte Chefbesprechung statt, an der außer dem Reichskanzler der Reichswirtschaftsminister und die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts teilnahmen. Diese Besprechung galt ausschließlich der Erörterung der Reparationsfrage. Rathenau gab hier einen ausführlichen Bericht über seine Londoner Besprechungen. Die Beratungen, über die strengste Verschwiegenheit bewahrt wird, gehen heute weiter.

Aus den Steuerausschüssen des Reichstags.

Der Steuerausschuß berät zurzeit die Novelle zum Umsatzsteuergesetz.

Zu den §§ 25 bis 29 des geltenden Gesetzes, in denen auch die erhöhte Umsatzsteuer für Zeitungsinserate enthalten ist, lagen verschiedene Anträge vor. Die von den Abgeordneten Hergt und Bruhn (D. natl. Vp.) begründeten Anträge wollen vornehmlich die kleinen Zeitungen schützen, aber auch den großen insofern eine erhebliche Vergünstigung zuteil werden lassen, als die Steuer von 10 auf 5 Prozent herabgesetzt werden soll. Die Abgg. Keinath (D.) und Lange-Stegermann (Z.) forderten die Aufhebung der §§ 25 bis 29, soweit sie sich auf die Steuer auf Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften beziehen. — In der Abstimmung wurden die demokratischen und Zentrumsanträge abgelehnt. In Anlehnung an den Antrag Hergt wurde folgende Fassung des § 27 beschlossen: Die Steuer für die Übernahme von Anzeigen ermäßigt sich bei Zeitungen und Zeitschriften:

von den ersten 200 000 M. des vereinnahmten Entgeldes auf 1 v. H., von den nächsten 200 000 M. 1½ v. H., von den nächsten 200 000 M. 2 v. H., von den nächsten 200 000 M. 2½ v. H., von den nächsten 200 000 M. 3 v. H., von den nächsten 100 000 M. auf 3½ v. H. und von den darüber hinausgehenden Beträgen auf 4 v. H.

Angenommen wurde der § 37 der Regierungsvorlage, der die Art der Steuerzahlung regelt. — Ferner wurde beschlossen, einen Artikel 2a einzufügen, der den § 43 Absatz 1 Satz 3 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 aufhebt und an seine Stelle eine Bestimmung setzt, wonach jede Betriebsgemeinde an dem Umsatz der in ihrem Orte ansässigen Betriebsstätte beteiligt sein soll.

Zu einer lebhaften Debatte führte die Beratung des § 13, der die Höhe der Umsatzsteuer betrifft.

Hierzu lagen verschiedene Anträge vor, die sich gegen die Erhöhung auf 2½ Proz. wendeten und teils, wie der kommunistische Antrag, eine Herabsetzung auf ½ Prozent, oder wie der unabhängige Antrag einen Satz von 1½ Prozent oder wie ein vom Zentrum und von den Sozialdemokraten unterstützten Antrag einen Satz von 2 v. H. des Entgeldes vorschlugen. Obwohl Staatssekretär Zapf dringend bat, an dem Satz von 2½ Prozent festzuhalten, wurde der Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, der den Steuersatz auf 2 v. H. festsetzt. Die übrigen Bestimmungen der Regierungsvorlage wurden vom Ausschuß angenommen.

Die Darmstädter Konferenz der Wirtschaftsminister.

Gestern fand in Darmstadt im Sitzungssaale der Volkskammer eine Aussprache der Wirtschaftsminister des Reiches und der Länder statt. Staatspräsident Ulrich begrüßte die Versammelten namens der hessischen Regierung. Nach einleitenden Worten des Wirtschaftsministers Schmidt legten die Ministerialräte Dr. Trendelenburg, Flach und Freiherr v. Buttlar in längeren Referaten die gegenwärtige Wirtschaftslage, die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die bestehenden Absichten dar. Im einzelnen wurde ausgeführt, daß angesichts der großen Schwierigkeiten, die sich bei Durchführung des bisherigen Systems der Einfuhrkontrolle ergeben hätten, ernstlich erwogen werden müsse, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine erweiterte Einfuhrbeschränkung hauptsächlich im Wege der Zollpolitik durchgeführt werden könne.

Bis zum Abschluß der mit großer Beschleunigung vorgenommenen Revision des Zolltarifschemas müsse die Möglichkeit zur Erhöhung von Zollsätzen in einem erleichterten Verfahren geschaffen werden. Die Entwertung der deutschen Valuta habe energische Maßnahmen zur Verhinderung des sogenannten Ausverkaufs Deutschlands notwendig gemacht, insbesondere seien Maßnahmen zu einer verschärften Durchführung der Ausfuhrkontrolle und gegen eine den Verhältnissen der Bestimmungsländer entsprechende Ermäßigung der Ausfuhrpreise ergriffen worden. Eine Beteiligung des Reiches an den Mehrerlösen des Ausfuhrgeschäftes über die bisher getroffenen Maßnahmen hinaus durch eine allgemeine Ausfuhrabgabe sei beabsichtigt.

Ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich aus der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, insbesondere Europas ergäben, müsse Deutschland möglichst bald in möglichst weitem Umfange für seinen Handelsverkehr mit dem Auslande wieder feste rechtliche Grundlagen, und zwar auf dem Wege der Gleichberechtigung durch den Abschluß von **Handelsabkommen** zu erreichen suchen. Um die schädlichen Rückwirkungen, welche die Geldentwertung auf die Binnenwirtschaft ausübe, zu mildern, müsse neben den Bestrebungen zur Beschränkung der weiteren Markentwertung auf eine **Steigerung der Produktion** und eine **Verminderung des übermäßigen Verbrauches** hingewirkt werden. **Auswüchse in der Preisgestaltung,** wie sie sich insbesondere bei den letzten Kursstürzen gezeigt haben, würden unter Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse des regulären Handels durch strenge Handhabung der bereits bestehenden Bestimmungen bekämpft.

Es besteht die Absicht, gesetzlich vorzuschreiben, daß die erfolgten **Bestrafungen** durch allgemeine Veröffentlichungen bekanntgegeben werden. Für die Beobachtung der Preisbildung seien die **Preisprüfungsstellen** durch Kommissionen zu ergänzen, deren Mitglieder insbesondere auch aus der minder kaufkräftigen **Verbraucherschaft** zu entnehmen seien. Da mit einem plötzlichen Umschwung der gegenwärtigen Hochkonjunktur jedoch gerechnet werden müsse, sei den öffentlichen Stellen empfohlen worden, vorübergehend jeden Auftrag zurückzuhalten und auch die **Notstandsarbeiten** soweit wie möglich einzuschränken; jedoch seien schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, um für den Zeitpunkt dieses Umschwunges solche Notstandsarbeiten in vermehrtem Umfange wieder aufzunehmen und den Bedarf an Industriewaren in vermehrtem Umfange in Auftrag zu geben.

Die Behinderung der Arbeitsmöglichkeit auf vielen Gebieten sei durch unsere bedrängte **Kohlenlage** verursacht. Namentlich das **Wohnungsbauprogramm** des kommenden Jahres könne nur durch eine wesentlich gesteigerte Produktion an Baustoffen gesichert werden, was nur durch vermehrte Kohlenproduktion möglich sei. Alle diese Schwierigkeiten können nur beseitigt werden, wenn im Steinkohlenbergbau wieder **Überschichten** gefahren würden. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft sei diese Anforderung an den Bergbau sowohl an Arbeitgeber wie Arbeitnehmer zu stellen. Die im übrigen hauptsächlich durch eine ungesunde Spekulation hervorgerufenen Schwierigkeiten der **Eisenversorgung** würden durch geeignete Maßnahmen der zur Regelung der Marktverhältnisse gesetzlich berufenen Organisationen geregelt werden.

Die allgemeine **Aussprache,** die sich an den Bericht des Reichswirtschaftsministers schloß, führte zu einer erfreulichen **Übereinstimmung** über die schwebenden wirtschaftlichen Fragen. Es wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß vor Lösung der **Reparationsfrage** der Boden für eine gedeihliche Wirtschaftspolitik nicht vorhanden sei.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Da trotz der vor kurzem beschlossenen Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren, die am 1. Januar in Kraft treten sollten, die Reichspostverwaltung nun noch mit einem Defizit von 2¼ Milliarden arbeiten würde, hat der **Reichspostminister eine neue Vorlage eingebracht,** die an Stelle der bereits angenommenen treten soll. Nach der **neuen Vorlage sollen die Postgebühren durchschnittlich auf das 20-fache, die Fernsprechgebühren auf das 15fache der Friedensgebühr erhöht werden.** Die neue Vorlage wurde am Montag vom **Reichsrat angenommen.** Nach den neuen Gebührensätzen soll im Ortsverkehr die Postkarte 75 Pf., der 20 Grammbrief 1,25 M. kosten; im Fernverkehr die Postkarte 1,25 M., der 20 Grammbrief 2 M., Briefe von 20—250 Gramm im Ortsverkehr sollen 2 M., im Fernverkehr Briefe von 20—100 Gramm 3 M., von 100 bis 250 Gramm 4 M. kosten. Die Drucksachenkarte soll 40 Pf., der Drucksachenbrief bis zu 50 Gramm 50 Pf., von 50 Gramm bis zu einem Kilo sind Sätze von 1—4 M. vorgesehen. Päckchen sollen 5 M. kosten, Pakete in der Nahzone bis 5 Kilo 6 M., in der Fernzone 9 M. Von 5 Kilo bis zur Höchstgrenze von 20 Kilo der Nah- bezw. Fernzone 30—40 M. Das Porto für Postanweisungen beträgt 2—7 M., Postscheckgebühren 75 Pf. bis 6 M.

Der Vierbund im Stillen Ozean.

Das Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Die Vereinigten Staaten **von Amerika,** das **britische** Reich, **die französische** Republik und das **japanische** Reich haben beschlossen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffs ihrer insularen Besitzungen und ihrer insularen Dominions im Stillen Ozean ein **Abkommen** zu schließen. Zu diesem Zwecke haben sie Vertreter ernannt, die sich auf folgende Bestimmungen geeinigt haben:

1. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich, gegenseitig ihre Rechte bezüglich ihrer **insularen** Besitzungen und ihrer **insularen Dominions im Stillen Ozean** zu achten. Wenn zwischen den hohen vertragschließenden Teilen eine **Meinungsverschiedenheit** entsteht, die sich aus irgend einer den Stillen Ozean betreffenden Fragen ergibt, und ihre obenerwähnten Rechte berührt, und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise geregelt wird und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende erfreuliche Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die anderen vertragschließenden Teile zu eine **Konferenz** einladen, der die Gesamtheit der Fragen zwecks Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die obenerwähnten Rechte durch die **agressive Haltung einer anderen Macht bedroht** werden, so werden die hohen vertragschließenden Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, **zehn Jahre** in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter, mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragschließenden Teile das Recht hat, es mit monatlicher Kündigung zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich, entsprechnd den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragschließenden Teile, ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifizierungsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die **zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.**

Kurze polit. Nachrichten.

* **Die Kriegsbeschuldigtenprozesse.** Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hört, trifft die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß vor dem Reichsgericht in Leipzig auf Verlangen der Entente eine neue Serie von Kriegsbeschuldigten-Prozesse eröffnet werden soll, nicht zu. Die Entente hat in dieser Angelegenheit keinen weiteren Schritt unternommen.

* **Lord Salisbury †.** Der vormalige englische Lordkanzler, Lord Salisbury, ist im Alter von 98 Jahren gestorben.

* **Ein neuer politischer Mordanschlag in Japan.** Nach einer Meldung aus Tokio ist gestern ein **Mordanschlag auf** den kürzlich ernannten **Premierminister, Baron Takahaschi,** verübt worden. Das Attentat ist das zweite innerhalb weniger Tage. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die Vorlagen des Landtages.

Verhandelt wird am nächsten Donnerstag, wie in Ergänzung der gestrigen Mitteilung noch hinzugefügt sei, über folgende 5 Gegenstände:

1. über die Änderung einiger Bestimmungen des badischen Beamtengesetzes;
2. über das vereinfachte Enteignungsverfahren;
3. über die Wandergewerbesteuer und damit in Verbindung Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abgg. Schmidt-Bretten u. Gen., die Bekämpfung der Auswüchse des Hausier- und Wanderlagergewerbes betr.;
4. über den Antrag der Abgg. Marum und Gen., die Vorbereitungen für das nächste Baujahr betr.;
5. über die Änderung des Gesetzes betr. Durchführung von Kulturverbesserungen.

Die Änderungen des Beamtengesetzes, soweit sie die künftigen Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Beamten-Hinterbliebenen betreffen, wurden in der Karlsr. Ztg. in den Berichten über die Sitzungen des Haushaltsausschusses vom 29. und 30. November des näheren besprochen. Bleiben noch zu erwähnen die folgenden Vorlagen:

Das vereinfachte Enteignungsverfahren.

Die Geltungsdauer des Gesetzes vom 10. April 1919, vereinfachtes Enteignungsverfahren betreffend, wird bis auf weiteres verlängert. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1922 in Kraft.

Begründung. Nach Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 1920 vereinfachtes Enteignungsverfahren betreffend, tritt das Gesetz vom 10. April 1919 mit dem 31. Dezember 1921 außer Kraft. Es ist noch nicht abzusehen, welche Entwicklung unsere wirtschaftlichen Verhältnisse künftighin nehmen werden und inwieweit noch mit stärkerer Erwerbslosigkeit gerechnet werden muß. Deshalb können die Bestimmungen, die zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten im beschleunigten Enteignungsverfahren die Möglichkeit bieten, noch nicht entbehrt werden. An Stelle einer befristeten Verlängerung des Gesetzes empfiehlt sich eine Verlängerung ohne Zeitbeschränkung.

Die Besteuerung des Wandergewerbebetriebs.

Die Steuersätze im Tarif für die Besteuerung der Wandergewerbe werden erhöht. Das Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Begründung. Mit Gesetz vom 22. Dezember 1920 sind die Steuersätze im Tarif für die Besteuerung der Wandergewerbe erhöht worden; verschiedene Gründe sprechen für eine sofortige nochmalige Erhöhung. Die Geldentwertung hat seit Ende 1920 weiter zugenommen und droht sich fortzusetzen. Die Klagen des ansässigen Handels über das Überhandnehmen der Wandergewerbe und die Konkurrenz, welcher namentlich der ansässige Handel auf dem Lande dadurch ausgesetzt sei, verstummen nicht. Es wird eine scharfe Besteuerung der Wandergewerbetreibenden, insbesondere der Wanderlager verlangt und zu diesem Zweck u. a. auch die Einführung eines Gemeindezuschlags zur staatlichen Wandergewerbesteuer verlangt. Die gleiche Forderung erheben im Interesse höherer Einnahmen für die Gemeindekasse die Gemeinde- und Städteverbände.

Alle die Gründe haben eine gewisse Berechtigung. Die herzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die hohen Warenpreise machen das Wandergewerbe zu einem einträglichen Geschäft, auch bietet die Leichtigkeit der Ausübung einen Anreiz zum Handel im Umherziehen. Es tritt — wenigstens für manche Gegenden — wohl auch zu, daß der ansässige Handel durch ein nicht immer einwandfreies Geschäftsgebaren der Hausierer einen unliebsamen Wettbewerb tragen muß. Das Verlangen der Gemeinden nach weiteren Einnahmen ist bei der Entwicklung der Steuergesetzgebung und der starken Beeinträchtigung der Gemeindefinanzhoheit begründet.

Werden die beantragten Erhöhungen wirksam, so ist es möglich, auch die Gemeinden stärker als bisher am Ertrag zu beteiligen. Beteiligt sind sie jetzt schon und zwar in der Weise, daß ihnen nach § 17 des Gesetzes von den Wandergewerbesteuern und -Strafen auf dem Wege über die Kreise 30 v. H. mittelbar zukommen; der Anteil wird auf 40 v. H. erhöht werden; die Art der Beteiligung soll vorläufig wenigstens beibehalten werden.

Die regelmäßige Veranlagung zur Wandergewerbesteuer erfolgt jeweils für ein Jahr und zwar in der Hauptsache zu Anfang des Kalenderjahres, teilweise auch schon Ende Dezember des vorangehenden Jahres. Damit die neuen Sätze schon für das Kalenderjahr 1922 Platz greifen können, ist eine sofortige Beratung und Verabschiedung des Entwurfs notwendig.

Die Durchführung von Kulturverbesserungen.

Die Geltungsdauer des Gesetzes vom 31. Juli 1919, die Durchführung von Kulturverbesserungen betreffend, wird bis auf weiteres verlängert. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Begründung. Nach § 6 des Gesetzes vom 31. Juli 1919, die Durchführung von Kulturverbesserungen betreffend,

Landestheater.

„Manon".

Es ist nicht ganz klar, was die Opernleitung zur Neueinstudierung dieses einzigen von Zeit zu Zeit noch an deutschen Bühnen gespielten Opernwerkes Massenets bewogen haben mag. Inhaltlich ohnedies nur eine Folge ohne inneren dramatischen Zusammenhang herausgestellter Szenen nach der Meistererzählung des Abbée Prévost, entspricht es auch in seiner glatten und sentimentalen, unpersönlichen, typisch französischen Opernmusik, deren schöne Melodien und formale Vorzüge selbstverständlich niemand leugnen wird, im ganzen nicht mehr dem Geschmack des Theaterpublikums von 1921. Die Italiener Verdi und Puccini haben mit ihren in Handlung und Musik weit packenderen Werken „La Traviata" und „Bohème" dem Franzosen in Stücken dieses Genres den Rang abgelaufen. (Bekanntlich hat auch Puccini bereits vor der „Bohème" eine „Manon Lescaut" herausgebracht, die sich indes in Deutschland keine besondere Beliebtheit zu erringen vermochte.) — Die Aufführung hielt sich im Rahmen einer Durchschnittsleistung. Die Darstellerin der Titelpartie, Fräulein Stechert, die uns in der kurzen Zeit ihres Hierseins bereits durch einige voller Anerkennung werte, von Talent und Können zeigende Darbietungen erfreute, mußte auch die Gestalt der Manon mit reizvollen, feinen und menschlich ansprechenden Zügen auszustatten. Ihre an sich sympathische und biegsame Stimme klang allerdings zuweilen in der Höhe nicht ganz so klar und frisch wie sonst. Herr Schwerdt zeichnete den Chevalier Des Grieux schlicht und überzeugend; auch gesanglich liegt ihm die Rolle, ebenso wie die des „Stradella" in der Flotowschen Oper, gut. Rudolf Weyrauch hatte in der Partie des Lescaut erneut Gelegenheit, seine prächtige Gesangskunst und seine darstellerische Gewandtheit zu bekunden. Aus der Reihe der übrigen Mitwirkenden sind noch die Herren Giesen, Maly-Motta und Grötzinger mit Lob zu erwähnen. Das Orchester spielte unter der Führung von Kapellmeister Lorentz frisch und klangschön, auch die Chöre klangen gut. Sehr gefällig wirkten die von Frau Bourgeau arrangierten Tänze. Für die szenische Ausstattung — Herr Lange führte die Regie — waren anscheinend durchweg alte Bestände verwendet worden, die indes immerhin annehmbare Bilder ergaben. —f.

4. Sinfonie-Konzert.

Das gestrige Sinfoniekonzert des Landestheater-Orchesters brachte ausschließlich Novitäten zu Gehör und zwar Kompositionen der sogenannten Münchener Schule von W. Braunfels, H. K. Schmid und J. Haas. Mit der Oper „Die Vögel" hat Braunfels seinen ersten nachhaltigen Erfolg erzielt, der ihn mit einem Schlag in die vorderste Reihe der zeitgenössischen Opernkomponisten erhob. Freilich, das einleitend gespielte Vorspiel und Prolog der „Nachtigall" aus genannter Oper sagen zu wenig, als daß sie eine lebendige, klare Vorstellung von der Art und Bedeutung des Werkes hätten erwecken können. Das Vorspiel erschöpft sich in zarten, innigen Tonmalereien, die für eine gut entwickelte Instrumentationstechnik zeugen, aber für mehr nicht. Und auch der Prolog der „Nachtigall", der übrigens von Frau von Ernst mit fabelhaft technischem Können und schlackenreiner Tongebung gesungen wurde, hat in seiner figurierten Stimmführung durchaus nichts Überraschendes. Unter der etwas nachgiebigen, weichen, ja unbestimmten Stabführung des Herrn Cortolezis brachte unser Orchester die Tondichtung recht duftig und klangsüß heraus.

Auch J. Haas vermochte dem Hörer mit seinen „Variationen und Rondo über ein altdeutsches Volkslied" nichts zu geben. Ein Orchester-Bravourstück, das wie ein Brillantfeuerwerk verpufft. Geistvolle, witzige, kecke musikalische Streiflichter, in einer flotten, impressionistischen Manier hingesetzt, die aber gerade in dieser Richtung leicht in Manieriertheit ausarten kann. Eigentlich zu viel vom Gleichen zu wenig Kontraste. Das Orchester holte die dynamischen und rhythmischen Effekte, diesmal vom Dirigenten temperamentvoll geführt, mit rassigem Schmiß heraus und ließ die „humorigen" Lichter lustig aufblitzen.

Somit blieb für den ganzen Abend an musikalisch Gehaltvollem nur Professor Heinrich Kaspar Schmid mit seinen „Fünf Tongedichten für Holzbläser und Klavier" übrig. Neben dem künstlerischen Zweck ist es noch ein praktischer Beweggrund, der den Tondichter veranlaßt hat, für die heute so stiefmütterlich behandelten Holzblasinstrumente einzutreten: er will Interesse und Liebe für sie wecken, da bei der einseitigen Pflege von Klavier und Violine, die für die Gegenwart charakteristisch ist, der Nachwuchs unsrer Orchester gefährdet erscheint. Diese fünf lieblichen Tongedichte sind ganz aus der Natur empfunden. Innige schlichte Melodien, von duftigen Figuren umrahmt, wie sie einer naiven Freude am Klang und Spiel von selbst entspringen, hat der Tendichter diesen Instrumenten anvertraut, die mit ihrem Klangcharakter für eine volkstümliche, ländliche Poesie prädestiniert sind. Das Beste ist ihm im „Pastorale" für Klarinette gelungen, beide Stücke von den Herren Kämpfe bezw. Spranger, die Meister ihres Instruments sind, schlechthin vollkommen vorgetragen. Fagott als Soloinstrument herauszustellen, scheint mir zu weit gegangen. Die E-dur Tonart ist dem Horn, dessen Grundcharakter F ist, wenig günstig. Es liegt so viel romantischer Zauber in diesem Instrument, der sich in dem Tonbild „Im tiefsten Walde" nicht frei entfalten konnte. Ein echtes Virtuosenstückchen für Flöte ist das „Capriccio". Neben den genannten Herren bestätigten die Herren Gierschner, Klüver und Wenk, über welch ausgezeichneten Bläserstamm unser Orchester verfügt. Den Klavierpart, der einen schönen Hintergrund mit weiten Perspektiven entrollt, hatte der Komponist selbst übernommen und brachte ihn, ganz im Einklang mit seinen Intentionen, in vornehmer Zurückhaltung meisterhaft zur Geltung. Der Besuch war gut, der Beifall herzlich. P.

Konzert-Wochen-Rückblicke.

Die Grenzen dieses Sammelberichts sollen diesmal etwas weiter gezogen werden, um einer Besprechung der vom Katholiken-Komitee der Stadt Karlsruhe veranstalteten Dante-Feier Raum zu gewähren, die einen äußerst würdigen Verlauf nahm und insofern in einem glücklichen Gegensatz zu dem ersten, von der Hochschule veranstalteten Dante-Fest stand. Nach einem stimmungschaffenden Orgelvorspiel von Chordirektor Franz Steinhart, der sich im weiteren Verlauf des Abends wiederholt durch sein schönes Spiel verdient machte, ergriff Geh. Rat Universitätsprofessor H. Finke (Freiburg i. Br.) das Wort zu einer geistvollen, fesselnden Ansprache, in der er darauf hinwies, daß in Dante zum erstenmal in der Weltgeschichte eine große Persönlichkeit international gefeiert wird, und zwar um der einen großen dichterischen Schöpfung willen, der Divina Commedia, die das einzige, noch lebendige Denkmal mittelalterlicher Dichtung ist. Er sieht in Dante neben Shakespeare

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tritt das Gesetz mit Ablauf des Jahres 1921 außer Kraft. Die Verhältnisse, welche zu dem Erlaß des Gesetzes geführt haben, bestehen unverändert weiter. Noch immer harren große Flächen unseres Landes der dringend notwendigen Verbesserung ihres Kulturzustandes. Die Steigerung der Bodenerträge nimmt an Bedeutung ständig zu. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar zurückgegangen, sodaß zurzeit die Inangriffnahme von Kulturunternehmungen zur Beschäftigung Erwerbsloser nicht notwendig erscheint.

Ein Umschwung in unserer Wirtschaftslage kann aber sehr rasch und plötzlich eintreten. Schon das Frühjahr stellt uns vielleicht vor die Aufgabe, wieder Erwerbslose bei Kulturverbesserungen zu beschäftigen.

Das Gesetz, das bis jetzt allerdings erst in einem Falle, bei der Bildung einer Wassergenossenschaft auf den Gemarkungen Dattingen und Zunsingen (Amt Müllheim) zur Anwendung gekommen ist, hat zweifellos schon durch sein Bestehen auf das Zustandekommen von Kulturverbesserungen, so auf die Entwässerung des Kehr- und Landgrabengebietes in den Bezirken Bruchsal, Wiesloch und Schwetzingen, günstig gewirkt. Das Gesetz kann daher noch nicht entbehrt werden. An Stelle einer befristeten Verlängerung des Gesetzes empfiehlt es sich, das Gesetz auf unbestimmte Zeit zu erlassen.

Mangel an Zeitungspapier.

Vom Ministerium des Innern wird uns geschrieben:

Seitens der Zeitungsverleger wird lebhaft über Mangel an Zeitungspapier geklagt. Die für die Versorgung der badischen Zeitungen in Frage kommenden Papierfabriken sind wegen Kohlenmangels im Betrieb außerordentlich eingeschränkt. Eine Möglichkeit, diese Betriebe bevorzugt mit Kohlen zu beliefern, gibt es augenblicklich nicht, so daß man den Zeitungsbetrieben nur empfehlen kann, mit dem Vermahlen von Papier sparsam zu sein.

Im übrigen ist zu beachten, daß für die Papierversorgung eine Zwangswirtschaft nicht mehr besteht. Es herrscht zwischen Verlegern und Papierfabriken ein durchaus freier Verkehr, so weit dieser durch das Syndikat der Papierfabriken nicht in eine privatwirtschaftliche Zwangswirtschaft hineingepreßt ist. An dem Umstand jedoch, daß in dem Augenblick das Papier ausgeht, in welchem die Kohlenzufuhren nicht mehr laufend rollen, ist die Tatsache schuld, daß Zeitungspapier in erheblichen Mengen ausgeführt wird. Die Papierindustrie und die Zeitungsverleger haben sich im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium auf Ausfuhr von Zeitungspapier geeinigt, um mit dem damit gemachten Gewinn den Papierpreis in Deutschland zu senken.

Es wird allerdings behauptet, de Papierfabrikanten hätten noch Vorräte und hielten diese deshalb zurück, weil auf 1. Januar eine neue Papierpreiserhöhung in Aussicht steht; weiter wird behauptet, es würden die außerbadischen Kunden bevorzugt beliefert, um durch die schlechte Papierversorgung der badischen Zeitungen einen Druck der öffentlichen Meinung zu erzeugen und dadurch leichter zu Kohlenvorräten zu kommen.

Diese Behauptungen werden seitens des Ministeriums zurzeit nachgeprüft. Sollten sie sich als stichhaltig herausstellen, dann wird im Hinblick auf entsprechende Reichsbestimmungen weiteres veranlaßt werden. Dabei aber muß man sich klar darüber sein: eine wesentliche und dauernde Besserung in der Belieferung mit Zeitungspapier wird, solange die katastrophale Kohlennot besteht, nicht eintreten können.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Aufgehoben ist Annahmesperre für Eilstückgut nach **Hamburg** und für Frachtgutwagenladungen nach allen **Frankfurter** Bahnhöfen.

Aufgehoben ist Annahmesperre für Frachtstückgut nach **Köln** und **Kalk-Nord.**

Nr. 69 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält eine Bekanntmachung des Arbeitsministeriums betr. die Rheinschiffahrtspolizeiordnung.

DZ. **Eine eigenartige Erscheinung.** Trotz des hohen Standes der Auslandsvaluta war es in den letzten Wochen kaum möglich, die glücklichen Besitzer von Goldstücken zur Herausgabe zu bewegen. Das hat sich jetzt, nachdem der amerikanische Dollar und der schweizer Franken bedeutend gefallen, ganz wesentlich geändert. Die Schalter werden gestürmt, denn ein jeder möchte sein Gold noch zu dem hohen Austauschwert los werden.

DZ. **Heidelberg,** 9. Dez. Die **Kopfgrippe** tritt nun auch in Heidelberg, epidemisch auf, doch handelt es sich bis jetzt nur um ganz leichte Erkrankungsfälle.

DZ. **Ettlingen,** 9. Dez. Die **Viehzählung** der Stadt Ettlingen ergab als bemerkenswertes **Resultat** die Abnahme von Rindvieh und Hasen und andererseits die Zunahme von Schafen, Schweinen und Hunden.

DZ. **Lahr,** 11. Dez. Aus dem benachbarten **Nonnenweier** wird folgendes berichtet: Zwei Zigeuner musizierten in einer Wirtschaft und entfernten sich beim Feierabend gegen 11 Uhr abends, um nach ihrem außerhalb des Ortes stehenden Wohnwagen zurückzukehren. Sie wurden auf **dem Wege von einer Anzahl Gäste überfallen,** die auf die beiden wehrlosen Menschen, die niemand etwas zu leide getan hatten, **mit Messern einstachen.** Der ältere der beiden Zigeuner wurde in bewußtlosem Zustande in einer Jauchegrube geschleudert. Die beiden schwerverletzten Zigeuner wurden in ihren Wohnwagen geschafft und am nächsten Tage in das Lahrer Bezirkskrankenhaus überführt. Die **Gendarmerie** hat bis jetzt **sechs Verhaftungen** vorgenommen. Der **Haupträdelsführer** bei der traurigen Angelegenheit scheint, wie die Lahrer Ztg. berichtet, ein **34jähriger Kaufmann** zu sein, der sich nicht scheute, mit den jungen Rohlingen gemeinsame Sache zu machen.

DZ. **Tiengen,** 10. Dez. Im vergangenen Jahr bei Ausführung der Steina-Verlegung bei Detzeln wurden **Wassereinrichtungen** mit erheblichen Kosten hergestellt, durch die größere **Wiesenflächen** wieder nutzbringende **Bewässerung** erhielten. Leider sind die Wassereinrichtungen auf den Gemarkungen **Tiengen** und **Unterlauchringen** aus Wassermangel seit Jahren schon außer Gebrauch. Die **Versickerung des Steina-Wassers** bei Rehalden ist die Ursache. Nun hat eine vom Bezirksamt anberaumte Besichtigung des betroffenen Geländes zur Erörterung der Angelegenheit mit den Vertretern der beteiligten Gemeinden und dem Domänenamt stattgefunden, wobei Maßnahmen erörtert wurden zur Abstellung dieser Mißstände. Was die im vorigen Monat vorgenommene Färbung der Steina betrifft, so war das Ergebnis insofern überraschend, als sich die übliche Annahme über den unterirdischen Verlauf des Steinawassers als irrig herausstellte. Es ist wahrscheinlich, daß das Wasser dem Grundwasserstrom der Wutach zufließt, der bei Unterlauchringen zutage tritt. Freilich ist mit dem Färbeversuch noch keine endgültige Lösung der eigenartigen Erscheinung gegeben.

DZ. **Konstanz,** 12. Dez. Eine Beleidigungsklage wurde dieser Tage vor dem **Schöffengericht Konstanz** ausgetragen, deren Ausgang insbesondere in Pressekreisen interessieren dürfte. Angeklagt war der verantwortliche Redakteur der „Konst. Nachrichten", Emil **Beha,** wegen Beleidigung des Kaufmanns J. Zimmermann in Pfullendorf. Der Privatklage lag eine Äußerung zugrunde, die in einem Gerichtsbericht enthalten war, und wodurch sich der Privatkläger, der in jener Verhandlung als Zeuge vernommen worden war, in seinem Ansehen geschädigt fühlte. Es handelte sich damals um einen Schieberprozeß, und in dem Gerichtsbericht war Z. ebenfalls als der Schieberei verdächtig bezeichnet worden. Die Verhandlung, in der der Beklagte den **Wahrheitsbeweis antrat und Wahrung berechtigter Interessen** für sich beanspruchte, endigte mit dem **Freispruch des Redakteurs** unter Überbürdung der Kosten auf den Privatkläger. Das Gericht führte u. a. aus, daß **Staatsanwaltschaften und Gerichte großes Interesse an Zeitungsberichten** über solche Prozesse haben, da sie das **wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Schieberunwesens** bilden. Die Beleidigungsabsicht lasse sich überdies aus der Form, in der der Artikel gehalten war, nicht feststellen.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. **Sprengungen.** Die Reichstreuhandgesellschaft nimmt in der kommenden Woche von Mittwoch bis Samstag, vormittags und nachmittags bis 2 Uhr in der Grabener Allee im Hardtwald Sprengungen von Munition vor.

* **Das nächste Pressefest** ist auf Samstag, 4. Februar 1922, festgelegt worden. Es soll wiederum wie das letzte dazu dienen, Wohltätigkeitseinrichtungen des Vereins Karlsruher Presse und der Stadt die dringend erforderlichen Mittel zuzuführen. In verschiedenen Besprechungen wurden die Vorbereitungen erörtert und beschlossen, das Fest in großem Stile anzulegen und ihm den Stempel eines ersten gesellschaftlichen Ereignisses aufzudrücken. Der Bevölkerung wird Gelegenheit gegeben, sich in Listen einzuzeichnen, worüber demnächst Näheres mitgeteilt wird.

Landestheater. Die Generaldirektion des Landestheaters teilt uns mit, daß Herr **Professor Schreker** nachstehendes Dankschreiben an sie gerichtet hat:

„Noch von Aachen aus möchte ich Ihnen, unter dem Eindruck der wundervollen Aufführung meines „Schatzgräbers" an Ihrer Bühne stehend, aufrichtigen und herzlichen Dank sagen. Eine seltene Fügung hat Ihnen für dieses Werk alle glücklichen Vorbedingungen gegeben: für die Hauptrollen selten veranlagte und prädestinierte Künstler, ein Orchester von hoher und alter Kultur, einen ganz ausgezeichneten Chor, wie man ihn nicht überall findet, den Operndirektor Cortolezis, den glänzenden und wahrhaften, echten Dirigenten gleichen Namens, einen Regisseur, der ein Werk aus dem Geiste der Musik zu inszenieren versteht, Künstler und Arbeiter des Szenischen von Talent und frohem Arbeitswollen. — So mußte es glücken, zumal alles, wie ich beobachten konnte, mit Liebe und Hingebung bei der Sache war, dem Institut und dem Werke zu dienen. So wurde der Abend für mich zu einem überraschenden, seltenen und beglückenden Erlebnis. Dank weiß ich auch der so überaus herzlichen Aufnahme von seiten des Karlsruher Publikums, die mich geradezu gerührt hat."

Verschiedenes.

Ein Mordprozeß.

Vor dem Schwurgericht in Hirschberg (Schlesien) begann dieser Tage ein Prozeß wegen eines bisher noch nicht aufgeklärten **Doppelmordes.** Am 14. Februar wurden in einem Zimmer des Gutes **Kleppelsdorf** die 16jährige **Dorothea Rohrbeck,** die Besitzerin des Gutes, und ihre Verwandte, die 13jährige **Ursula Schade** erschossen aufgefunden. Dorothea Rohrbeck wohnte in dem Schlosse mit ihrer Erzieherin Fräulein Zahn und ihrer 74jährigen Großmutter, Frau **Eckhardt.** Zu Besuch waren der 27jährige Architekt **Peter Grupen,** der die seit einiger Zeit verschollene Tochter von Frau Eckhardt zur Frau hat, sowie die Töchter von Frau Grupen aus erster Ehe, Ursula und Irmgard Schade. Es wird behauptet, daß Grupen sich Frl. Rohrbeck mit Liebesanträgen genähert hat, die aber mit Abneigung erwidert worden seien. Am 14. Februar mittags fand das Dienstmädchen Mende Dorothea und Ursula im Gastzimmer erschossen vor; Ursula lebte noch kurze Zeit, starb aber, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ein Revolver lag gesichert auf dem Fußboden. In den Kleidern von Ursula fand man einen Brief an Frau Eckhardt, worin es hieß: „Du sollst Dich nicht mehr über Dörte ärgern." Bald erhob sich der Verdacht, daß Peter Grupen der Urheber der Tat sei und er wurde wegen Verdachts des Doppelmordes **verhaftet.** Die Anklage nimmt an, daß er durch **Hypnose** seiner Stieftochter den Revolver in die Hand gespielt und sie zur Tat und zum Schreiben des Briefes veranlaßt habe. Ferner wird er beschuldigt, sich an seiner Stieftochter sittlich vergangen zu haben.

Grupen bestreitet jede Schuld und beruft sich darauf, daß er zur Zeit der Tat in einem anderen Zimmer gewesen sei. Bei seiner Vernehmung kommt auch das rätselhafte **Verschwinden seiner Frau** zur Sprache. Er ist, nachdem sie wenige Tage vorher eine Hypothek auf ihn übertragen hatte, mit ihm zum Bahnhof gefahren und allein zurückgekommen, und man hat seitdem nichts von ihr gehört. Nach seiner Angabe weiß er nicht, wohin sie sich begeben hat; er nimmt an, daß sie, wie sie es früher gesagt habe, nach Amerika gereist sei. Aus seinen weiteren Aussagen ist noch hervorzuheben, daß er bestreitet, Dorothea Rohrbeck einen „feststehenden Heiratsantrag" gemacht zu haben, aber andeutende Äußerungen als möglich zugibt. Für die Täterschaft der Ursula Schade macht er geltend, daß sie an Schwermut gelitten habe.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand dann die Vernehmung über die Frage des **Sittlichkeitsverbrechens** statt.

Am Samstag fand ein **Lokaltermin** im Schloß Kleppelsdorf statt. Namentlich wurde auch das Mordzimmer besichtigt, in dem nichts verändert worden ist. Die sich daran schließenden Zeugenvernehmungen ergaben, daß verschiedenen Zeugen das Verhalten Grupens nach dem Morde aufgefallen ist.

Die Zeugenvernehmungen bestätigen, daß die ermordete Dorothea wiederholt ihre Furcht vor Grupen zum Ausdruck gebracht hat und bei einer Alsterfahrt glaubte, daß er ihr nach dem Leben getrachtet habe. Ein neues Moment brachte die Aussage der zweiten Stieftochter Grupens, wonach dieser nicht, wie er behauptet hatte, die ganze Zeit, innerhalb welcher der Mord geschehen ist, sich in dem Zimmer mit den anderen zusammenbefunden hat, sondern einmal hinaus in ein anderes Zimmer gegangen und eine Zeitlang fortgeblieben ist. Grupen bestritt das und bezeichnete seine Stieftochter als Lügnerin.

---

den größten Menschenbeobachter. Er ist der Homer des Katholizismus. Das Herausarbeiten der dichterischen Bedeutung des großen Florentiners, die Darstellung der Divina Commedia als des ersten Dramas der Menschheit waren Höhepunkte der tiefschürfenden Ausführungen. Höchst interessant war der vom Redner gegebene Überblick über die Danteverehrung in den verschiedenen Ländern, wobei Frankreich sehr schlecht abschneidet, während Deutschland und England gleich hinter Italien folgen, wo Dante natürlich am stärksten verehrt wird. Den deutschen Dantekultus haben die Romantiker geschaffen. Nicht minder fesselnd waren die Hinweise auf die befruchtende Wirkung Dantes auf die verschiedenen Kreise, vor allem auf die künstlerischen. Dante war vielleicht doch die zwingendste Seele, die je gelebt hat. Die Einwirkung Dantes auf die heutige Dichtkunst ist geringer. Bezeichnend für unsere religionsdurstige Zeit ist, sie mit wahrer Inbrunst wieder zu diesem Dichter greift. Dante ist ein Richter und Seher für die Vergangenheit gewesen, er ist es auch noch für unsre Zeit.

Der II. Teil des Programms umfaßte eine Reihe lebender Bilder, Szenen aus der „Göttlichen Komödie", die unter der Regie von Pfarrer Saier (Oetigheim) wirkungsvoll gestellt waren. Für die Bühnenbilder war in Emil Burkard vom Landestheater eine bewährte künstlerische Kraft gewonnen worden. Vor den einzelnen lebenden Bildern rezitierte Felix Baumbach die betreffenden Stellen aus der „Göttlichen Komödie" meisterhaft, während das Landestheaterorchester, unterstützt durch einen Frauenchor hiesiger Kirchenchöre, unter der Leitung von Operndirektor Fritz Cortolezis Liszts Dante-Sinfonie eindrucksvoll zu Gehör brachte. So wurde durch das Zusammenwirken von Wort, Bild und Musik eine starke, einheitliche künstlerische Wirkung erreicht, die in dem warmen Beifall der zahlreichen Zuhörerschaft ihren lebhaften Ausdruck fand.

*

Unvergeßliche musikalische Genüsse spendete das **Gewandhaus-Quartett** an einem Kammermusikabend, den es vergangenen Freitag gab. Die hier hochgeschätzten Leipziger Künstler — wie der überfüllte Eintrachtsaal darlegte — stellten ihre einzigartig abgeklärte Kunst in den Dienst zweier unvergänglicher klassischer Werke der Kammermusik: Mozarts Klavierquartett in g-moll und Schuberts Forellen-Quintett. Man kann diese Werke kaum schöner interpretiert hören. Mit ausgesuchter Feinheit sind alle Einzelheiten liebevoll herausziseliert, jede Figur, jeder Lauf, jedes Ornament erzählt von der reifen musikalischen Kultur der Künstler. Die Freiburger Pianistin Paula Roth-Kastner hatte den Klavierpart übernommen und zeigte sich als Mozartspielerin von ihrer besten Seite. Aber auch im Schubertschen Quintett führte sie ihren Part mit erfreulicher Sicherheit durch. Im Mittelpunkt des Abends stand das Streichquartett in g-dur, op. 26, von Professor Heinrich Kaspar Schmid, dem die Leipziger Künstler zu einer starken Wirkung verhalfen. Vielleicht bietet sich Gelegenheit, nach einem zweiten Hören auf Einzelheiten der Komposition einzugehen. Aber das eine dürfen wir heute schon sagen, daß das Quartett zum besten gehört, was die Kammermusik unsrer heutigen Zeit hervorgebracht hat. H. Kaspar Schmid ist ein tief ernst zu nehmender Musiker von schöpferischer Kraft. In formaler Hinsicht steht er auf klassischem Boden. Das gibt seinem Schaffen eine starke Basis, einen sicheren, fest umrissenen Rahmen, in dem er seine reich quellenden Gedanken und Motive, die er langsam ausreifen läßt, zu einer natürlichen, organischen Entwicklung bringt. Nichts ist forciert, gesucht, erkünstelt oder erklügelt. Sein Musizieren strömt in lebendigem Fluß aus einem tief empfundenen Gemüt, in dem das Ringen mit den Fragen und Rätseln des Lebens seinen künstlerischen Niederschlag findet, weil er eben ein wahrer Künstler, eine echte Musikernatur ist. Die wertvollsten Gedanken sind in die Ecksätze gebannt und finden dort ihren kompositorischen Meister; im Andante öffnet er den Blick in eine tief erschütterte Seele. Im schnellen Satz zeigt er meisterhaft, wie man die Spannungen eines leidenschaftlichen Temperaments mit schmissiger, elastischer Eleganz zur Lösung bringt. Der stürmische Beifall, der auch den anwesenden Komponisten aufs Podium rief, war wohl verdient.

*

Rudolf Deman, früher 1. Konzertmeister an der hiesigen Oper, gab zusammen mit Bronislaw von Poznjak (Klavier) und Carl Dechert (Cello) einen Kammermusikabend, dem leider kein großer Erfolg beschieden war. Demans Kunst ist zweifellos im Laufe der Jahre reifer geworden, sein Ton voller, gerundeter, blühender, seine Technik flüssiger und sein Vortrag gefühlsstärker. Auch die beiden anderen Herren erwiesen sich als ausgezeichnete Musiker. Dem Zusammenspiel mangelt aber die letzte Ausgeglichenheit. Von den vorgetragenen Werken hinterließ neben Pfitzners F-dur Trio das in Es-dur von Schubert den stärksten Eindruck. Die aus dem Manuskript gespielte Sonata-Fantasie von Paul Büttner zeigte zu wenig selbständige Züge, um wirklich fesseln zu können. Ein näheres Eingehen auf diese offenbar flüchtige Arbeit, die einer gründlichen Überarbeitung bedarf, erübrigt sich. P.

* **Der Verein bildender Künstler Karlsruhe** feierte am letzten Samstag sein Stiftungsfest, und zwar in Gestalt eines Herrenabends. Wie alle Veranstaltungen dieses vorzüglich geleiteten Vereins, der im gesellschaftlichen Leben unserer Landeshauptstadt die führende Rolle spielt, verlief auch dieser Abend in überaus harmonischer und anregender Weise. Die meisten Mitglieder waren erschienen, darunter eine stattliche Anzahl von solchen, die s. Zt. den Verein mitbegründen halfen. Mehrere Aufführungen trugen zur Verschönerung des Abends bei. Es war erstaunlich, zu sehen, mit welcher Hingabe und welchem Eifer, gleichzeitig aber auch mit welcher mimischen Begabung sich die Mitwirkenden, fast alles jüngere Mitglieder, in den Dienst dieser szenischen Darbietungen stellten. Als Gäste wirkten Herr Direktor Hans Bl[illegible]m mit, der eine neue Probe seiner bedeutenden Rezitationskunst bot, ferner die Herren Zilken und Wehrauch, die mit ihren Liedervorträgen neue Bewunderung für die Schönheit ihrer Stimmen erweckten, und Fräulein Bourgeau, unsere vortreffliche Ballettmeisterin. Wenn der Abend derartig harmonisch verlief, wenn alle Darbietungen ebenso sehr den Stempel des Witzes wie den des künstlerischen Geschmacks trugen, so ist das in erster Linie das Verdienst des ersten Vorsitzenden, des Professors Fehr, der nicht müde wird, seine glänzenden Eigenschaften als Anreger und Organisator dem Verein zur Verfügung zu stellen. Unterstützt wird er dabei von den Herren des Vorstands, unter denen der ebenso unermüdliche und rührige Herr Körber extra genannt werden muß.

Literarische Neuerscheinungen.

Matthias Gelzer: Cäsar. Der Politiker und Staatsmann. (Gebunden 32 M., Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.) — Das Buch ist geschrieben aus der Überzeugung heraus, daß die Elemente der Politik sich im Grunde zu allen Zeiten gleichbleiben und daß darum das politische Verständnis, soweit es erlernbar ist, aus der Betrachtung der Geschichte erwächst. In diesem Sinne bringt Gelzer, der angesehene Historiker, Professor an der Universität Frankfurt a. M., die Wirksamkeit des größten und erfolgreichsten Politikers einer politisch reichbewegten Epoche zu lebendiger Darstellung. Auf Grund der Überlieferung richtet er sein Augenmerk darauf, das politische Leben Cäsars in allen Einzelheiten vorzuführen, allen Wendungen seiner Politik nachzugehen; es ist dabei sein Bestreben, die Tatsachen möglichst selbst sprechen zu lassen. Wir empfehlen das Buch unsern Lesern aufs angelegentlichste.

Ernest Renan. Der Dichter und der Künstler. Von Professor Dr. Walther Küchler. („Brücken" Band V, Verlag Friedrich Perthes A.-G. Gotha.) — Über Renan, die blendendste Erscheinung unter den französischen Schriftstellern der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, gab es eine größere Arbeit in Deutschland bisher überhaupt nicht. Das hier angezeigte Buch des Romanisten der Würzburger Hochschule füllt die Lücke in glänzender Weise aus — besonders auch aus dem Grunde, weil es sich trotz tiefster wissenschaftlicher Grundlegung keineswegs nur an Fachleute wendet, sondern an ein größeres, für geistige Dinge empfängliches, Publikum.

Otto v. Moser (Generalleutnant z. D.), **Kurzer strategischer Überblick über den Weltkrieg 1914—18.** Mit 6 Karten in dreifarbigem Druck. (E. S. Mittler & Sohn, Berlin.) Der Titel des Buches besagt alles notwendige über den Inhalt. Der Wert der Schrift wäre noch größer, wenn Moser weniger Lob und mehr kritischer Tadel verteilt hätte. So, wie er die Dinge vielfach sieht, waren sie leider nicht. Sonst wäre der strategische Ausgang wohl ein anderer gewesen.

Bongs Jugendbücherei Band 2: „Wilde Tiere, die unsere Jugend kennen sollte." (Verlag von Rich. Bong, Berlin W. 57.) Dieser zweite Band der von den berufensten Stellen anerkannten und mit Begeisterung begrüßten Serie bringt der heranwachsenden Jugend ein vorzügliches zoologisches Plauderbuch. Es ist dazu bestimmt, Naturfreunde heranzubilden, die mit offenen Augen durch diese Welt der Wunder gehen, die die Erde in unerschöpflicher Fülle denen bietet, die zum Schauen erzogen sind.

John Hagenbeck: Fünfundzwanzig Jahre Ceylon, Erlebnisse und Abenteuer im Tropenparadies, bearbeitet und herausgegeben von Victor Ottmann. Mit 38 Bildtafeln. (Verlag Deutsche Buchwerkstätten, Dresden). — Nach den langen Jahren unserer Abgeschlossenheit vom Weltgetriebe jenseits der Meere erscheint hiermit wieder das erste deutsche Überseebuch großen Wurfes und packendster Art! Ein Mann des praktischen Lebens mit einem der volkstümlichsten Namen und ein wohlbekannter Reiseschriftsteller haben sich zusammengetan, um gemeinschaftlich in diesem Werk die Naturwunder und Merkwürdigkeiten der „Perle Indiens, der Tropeninsel Ceylon", zu schildern. Fünfundzwanzig Jahre lang hat John Hagenbeck in Ceylon als Kaufmann, Pflanzer, Sportsmann und Tierexporteur eine umfassende Tätigkeit ausgeübt, ist er der populärste deutsche Kolonist im fernen Südosten gewesen, bis ihn der Ausbruch des Weltkrieges von der Insel verjagte und unter äußerster Lebensgefahr zu einer abenteuerlichen Flucht in die Heimat zwang. Was John Hagenbeck in den langen Jahren eines reichbewegten Überseewirkens im Verkehr mit weißen und farbigen Menschen, auf der Jagd im Dschungel, in allen Teilen der Wunderinsel erlebte, das hat nach seinen Aufzeichnungen und mündlichen Berichten der bekannte Schriftsteller und Weltreisende Victor Ottmann, der mit John Hagenbeck schon von Ceylon her durch freundschaftliche Bande verknüpft ist, in höchst unterhaltsame literarische Form gebracht.

Dr. Otto Pfister: Der Psychologische und biologische Untergrund Expressionistischer Bilder. (Mit 12 Abbildungen und 2 Tafeln. Verlag Ernst Bircher, Bern.) — Der Expressionismus hat sich in verschiedenen Künsten unbestreitbar eine Machtstellung errungen. Der Verfasser der vorliegenden Monographie erstrebt nicht sowohl ein ästhetisches Werturteil, als psychologisches und biologisches Verständnis für die neue Richtung, wobei er eine Anzahl expressionistischer Bilder, ferner aber auch ihren Urheber einer entwicklungsgeschichtlichen Analyse unterzieht. Es handelt sich um künstlerische Improvisationen, die den darzustellenden Gegenstand bis zur völligen Unkenntlichkeit entstellen, um desto zutreffender den durch ihn erweckten seelischen Zustand auszudrücken. Die Methode Pfisters ist die durch Freud begründete psychanalytische, welche bekanntlich darauf ausgeht, die unter der Bewußtseinsschwelle waltenden psychischen Triebkräfte aufzufinden, da ja das künstlerische Schaffen, und zwar ganz besonders das der Expressionisten, von unbewußten seelischen Faktoren hervorgebracht wird. Das Buch ist eines der interessantesten und aufschlußreichsten, die in letzter Zeit erschienen sind.

Max Reger. Ein Bild seines Jugendlebens und künstlerischen Werdens von Adalbert Lindner. (Broschiert 60 M. Verlag von J. Engelhorns Nachf., Stuttgart.) — Lindners Werk hat den ganzen Reiz des persönlichen Erlebnisses und der Anschauung aus nächster Nähe — war er doch der erste Lehrer und enge Vertraute des so früh dahingegangenen Meisters; es gibt ein aus tiefem Verstehen geschautes, überaus sprechendes Bild des Menschen und bringt auf fast jeder Seite neue Aufschlüsse über die Entwicklung des Künstlers und seines Werkes.

Der lachende Olymp. Eine Auslese aus der heiteren Prosa unserer Zeit. Herausgegeben von Gustav Herrmann und Fritz Adolf Hünich. (Verlag der Freude, Wolfenbüttel. Preis geheftet 9 M., gebunden 12 M.)

Städtische Bekleidungsstelle
Karlsruhe i. B. Nur noch Ausstellungshalle.

Total-Ausverkauf

Kinderwinterkleider in blau, braun und grün

cm	60	65	70	75	80	85	90	95	100	105	110
M.	60.—	65.—	70.—	75.—	80.—	85.—	90.—	95.—	100.—	105.—	110.—

Knabenanzüge für 8—12 Jahre, Zanellafutter in grau, blau und schwarz. **M. 200**
Knabenmäntel für 4—12 Jahre von . . . . . **M. 70** an
Gute Herrenanzüge mit Zanellafutter, 3teilig, Restposten in verschiedenen Preislagen.
Herrenulster in verschiedenen Farben von . . . . **M. 150** an
Kinderschuhe in schwarz und braun, Größe 27—34, zu äußerst billigen Preisen.

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 1/2 6 Uhr ununterbrochen. K.855

Talsperre und Großkraftwerk
Triberg-Schönwald (bad. Schwarzwald).
(ca. 8 Millionen cbm, 250 m Gefälle, 5000 PS.)
braucht sofort erfahrenen, energischen
Geschäftsführer

zur Vornahme der Gründung einer Bau- und Betriebsgesellschaft, zur Kapitalbeschaffung, zur Durchführung der demnächst in Angriff zu nehmenden Talsperre und Kraftanlagebauten, sowie zur Betriebsführung.

Verlangt wird Nachweis der erforderlichen theoretischen und praktischen, technischen und kaufmännischen Kenntnisse und der bisherigen erfolgreichen Betätigung auf einschlägigem Gebiete.

Bewerbungen nebst ausführlichen Lebensdaten und Nachweisen der Befähigung, beglaubigten Zeugnisabschriften, Angabe der Gehaltsansprüche und Zeitpunkt des möglichen Diensteintritts wollen bis **23. Dezember d. J.** bei uns eingereicht werden. Bemerkt wird, daß eine Familienwohnung in nächster Zeit nicht zur Verfügung gestellt werden kann. K.856

Bürgermeisteramt Triberg.

Soeben erschien:
Die seit 1. Januar 1914 erlassenen noch gültigen
Gesetze u. Verordnungen des Deutschen Reichs u. Badens
nach dem Stand vom 1. August 1921
mit Nachtrag bis 15. Oktober 1921
Ein Führer durch das neue Reichs- und Landesrecht unter besonderer Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhrverordnungen
Zusammengestellt
im Auftrag des Badischen Justizministeriums
von
Staatsanwalt **Dr. Frey** in Lörrach
Quart-Format IV und 112 Seiten
Preis Mark 20.—

Die allgemeine Rechtsunsicherheit, die nicht nur die Gebiete der Kriegswirtschaftsverordnungen erfaßt hatte, sondern sich auch auf die alten Wirtschaftsverordnungen und Steuergesetze, die alten Straf-, Zivil- und Verwaltungsgesetze erstreckte, machte die vorliegende Arbeit dringlich. Zu ihrer richtigen Durchführung war eine völlige Bestandsaufnahme aller Gesetze und Verordnungen des Reiches und Badens nötig, aus welcher die aufgehobenen Gesetze und Verordnungen wieder ausgeschieden wurden. Die übrigbleibenden jetzt noch gültigen Gesetze und Verordnungen sind systematisch geordnet, sodaß jede gesetzliche Bestimmung nur einmal in der Sammlung erscheint. Zahlreiche Stichworte erleichtern das Nachschlagen. Dies Buch wird bald bei allen Behörden und in allen Amtsstuben der städtischen und kommunalen Verwaltungen sowohl, als auch der Rechtsanwälte unentbehrlich sein.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstraße 14.

Französisch
(System Ritter)
Erfolg verbürgt
Auslandspraxis
H. K. Ritter
behördl. zugel. Sprachlehr.
Körnerstraße 30
(Probestunden). K.568a

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 14. Dezember 7—1/2 10 Uhr Mk. 20.—
(Th.-Gem. B.V.B. Nr. 851—1100 und 1851—2100)
Rausch.

Künstlerhaussaal
Donnerstag, 15. Dezember, 8 Uhr
Heiterer süddeutsch. Abend
Alfred Auerbach — Suse Ettlinger
v. Frankf. Schauspielhaus. Rezitation. (K.858) aus Karlsruhe. Lieder zur Laute.
Karten zu 14, 12, 10 und 6 M. (einschl. Steuer) bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Friedrich Blos
Baden-Baden Langestr. 47 — Karlsruhe Kaiserstr. 104
Weihnachts-Geschenke
kunstgewerblicher und praktischer Art
Porzellan, Kristall, Haushaltartikel, elegante Lederwaren, Reiseartikel, Koffer, Schirme, Stöcke, Schmuck K848
Parfümerien, Seifen und Toiletteartikel

Die Fürstlich Löwenstein-Wertheim-Freudenbergsche Domänenkanzlei Wertheim
sucht für ihr Rentamt daselbst **sofort**
als Hilfskraft jüngeren Herrn
mit schöner Handschrift, im Kassen- und Rechnungswesen erfahren, mit Kenntnissen in der Arbeitergesetzgebung, im Steuerwesen, in Stenographie und Maschinenschreiben. **Derzeitige** Gehaltsbezüge: (Grundgehalt, Teuerungs- und Ortszuschlag) 11000—16900 M., Kinderzulage 1200 M. Vorrückungsmöglichkeit vorhanden. Für Verheiratete kann Wohnung nicht gewährleistet werden. Selbstgeschriebene Angebote mit Zeugnisabschriften und Bild unter K. 841 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik J842
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwisch. Wald- u. Karlstraße
:: Inh.: W. Bertsch ::
Wandbilderschmuck
Bildereinrahmungen

Alle Hausfrauen verlangen
das gute **Giotil 80%.**
Das beste u. billigste selbsttätige Sauerstoffwaschmittel in Paketen v. 250 gr
Gebo-Seifenhaus
(Fabrikniederlage) K.829
Kaiserstr. 36a **Karlsruhe** Telephon 832
neben dem Elefanten — Geöffnet von 8—7 Uhr

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung Karlsruhe
(E.V.) Mitgl. des Landesverbandes u. Bund Deutscher Mietervereine. Geschäftsstelle: **Morgenstr. 51p.**, Sprechstunden täglich 5-7 Uhr, Mittwoch 8-9 Uhr abends „Unter den Linden", Kaiserallee 71. K.826
Wiederholt warnen wir die Mieter
vor jeder von ihnen verlangten Unterschrift. Zuerst Rat einholen in unsern Sprechstunden.
Achtung! Achtung!
Ein neuer Trick, Mitglieder zu fangen, wird von dem Mieterschutzverein (Absplitterung der Mietervereinigung) versucht. Es wird an unsere Mitglieder, welche eine Sache beim Wohnungsamt anhängig haben, eine lithographierte Postkarte verschickt folgenden Inhalts:
P. P. In ihrer Mietensache ersuchen wir Sie, an einem der nächsten Abende bestimmt auf unsere Geschäftsstelle usw. zu kommen.
Wir warnen unsere Mitglieder vor diesem Gebaren. Es wäre aber interessant zu erfahren, woher der Verein **diese** Adressen erfährt?

Donnerstag, 15. Dezember, abends 8 Uhr,
im **„Prinz Heinrich"**, Kurvenstr. 14
Mieter-Versammlung.

Vorstandsstelle des städtischen Wohnungsamts
sofort zu besetzen. Gehalt nach Besoldungsgruppe XI mit Aussicht auf planmäßige Anstellung vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bürgerausschuß.
Im Verwaltungsdienst und Wohnungswesen erfahrene Bewerber wollen sich unter Angabe der seitherigen Tätigkeit bis spätestens **24. Dezember 1921** schriftlich bei uns melden. K.860
Heidelberg, den 9. Dezember 1921.
Der Stadtrat.

Bürgerl. Rechtspflege
u. Streitige Gerichtsbarkeit.

L.114. **Schwetzingen.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zigarrenfabrikanten **Karl Hornung** in Altlußheim ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen anberaumt auf
Dienstag, 27. Dez. 1921, vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgericht hier.
Schwetzingen, den 6. Dezember 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Aufgebot.

L.113.2.1 **Weinheim.** Der Rechtsanwalt **Hans Pfisterer** in Weinheim hat als Abwesenheitspfleger mit vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung beantragt, den verschollenen Kaufmann **Leonhard Jochim,** geboren am 10. September 1849 zu Weinheim, bad. Staatsangehöriger, zuletzt wohnhaft in Weinheim, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Freitag, 23. Juni 1922, vormittags 11 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Weinheim, 23. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Buchenholz-Verkauf.

Das **Forstamt Schopfheim** (Baden) verkauft freihändig aus Staatswaldungen den Anfall an Nutzbuchen I.—IV. Kl. (meist III./IV. Kl.) mit ca. 100 Fm. Fuhrlöhne 30—50 M. pro Fm. unverbindlich. Angebote bis **21. Dezember 1921** an das Forstamt erbeten. Auskunft daselbst. Zuschlagsfrist 14 Tage. L.112